

Rede des Sprechers für Kulturpolitik

Ulf Prange, MdL

zu TOP Nr. 25

Abschließende Beratung

Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken - Bürgerkultur statt Soziokultur

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8216

während der Plenarsitzung vom 04.03.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Schülke, ich bin ganz froh, dass ich einen anderen Kulturbegriff und ein anderes Kulturverständnis habe als Sie.

Sie beschreiben da ja Dinge, die in keiner Weise mit der Realität in diesem Land in Einklang zu bringen sind. Ich will das mal mit einem Zitat von Adorno einordnen, der gesagt hat: „Kunst ist die gesellschaftliche Antithese zur Gesellschaft“. Ich glaube, darum geht es: um einen Raum, in dem Menschen ihre Ideen ausdrücken, ihre Erfahrungen teilen und ihre Gesellschaft hinterfragen können. Das haben wir gestern, glaube ich, ganz schön erlebt. Hier vor dem Landtag waren alle niedersächsischen Kulturverbände und haben noch einmal dafür geworben, dass Kultur mit Geld - natürlich - und mit guten Rahmenbedingungen ausgestattet wird, haben aber auch dafür geworben, dass es diesen Zusammenhang zwischen Demokratie und Kultur gibt, dass beide sich brauchen und sich wechselseitig stärken. Das war ein sehr schönes Zeichen. Daran anknüpfend ist, glaube ich, noch einmal festzustellen, dass diese kulturelle Freiheit, die wir in diesem Land haben, unsere Gesellschaft stärkt. Das ist auch sehr wichtig.

Eine Gesellschaft, die Kultur einschränkt, beginnt ihre Freiheit zu verlieren. Das ist ja das, was Sie wollen. Sie greifen die Kultur an und versuchen, Kultur neu zu sortieren in Bürgerkultur auf der einen Seite und Soziokultur auf der anderen Seite. Erst mal funktioniert Kultur nicht in diesen Kategorien, und das ist auch nicht die Realität in diesem Land. Sie haben vor einigen Monaten, als Sie diesen Antrag eingebracht haben, erlebt, dass Ihnen in der ganzen Breite Kulturinitiativen und -organisationen von der Soziokultur bis zur sogenannten Hochkultur ganz deutlich in offenen Briefen gesagt haben, dass sie sich nicht von Ihnen spalten lassen. Das ist genau das, was gut in diesem Land ist, nämlich dass Kultur über Sparten, über Kulturformate hinaus zusammenarbeitet. Das ist eine ganz wichtige Entwicklung in diesem Land, weil das den Zusammenhalt stärkt.

Überall dort, wo Menschen zusammenkommen - ob das auf großen Bühnen oder in kleinen Kulturzentren ist, ob das in Museen oder Jugendprojekten ist, ob das in Städten oder im ländlichen Raum ist -, sind das genau die Begegnungsorte, die wir brauchen. Gerade die Soziokultur, die Sie mit diesem Antrag ansprechen, schafft diese Orte. Wir alle kennen den Gedanken „Kultur für alle“ aus den 70er-Jahren, der genau das aufbrechen wollte: eben nicht Kultur für einige wenige, nicht Kultur nur für diejenigen, die sich teure Tickets leisten können, sondern Kultur als gemeinsamer Raum, an dem alle teilhaben können. Das ist doch eine schöne gesellschaftliche Vision!

An der Soziokultur gibt es noch etwas, das man herausstellen muss: Sie tragen Kultur in die Fläche, wenn sie im Land unterwegs sind. Natürlich haben wir in Orten

wie Hannover, Oldenburg oder Braun-schweig die großen Leuchttürme der Kultur, ob Staatstheater oder Landesmuseen. Aber wenn ich auch in einem Flächenland wie Niedersachsen Kulturangebote vor Ort bei den Menschen machen will, ist es doch ganz wichtig, dass es diese Orte gibt. Es sind ganz oft soziokulturelle Zentren, die diese Angebote machen. Dort gibt es Konzerte, Ausstellungen, Theaterprojekte, Workshops und Raum für Begegnung. Das stärkt nicht nur den Zusammenhalt, sondern erhöht auch die Attraktivität dieser Orte.

Zusammenfassend kann man sagen: Dieser Antrag erkennt jegliche Realität im Land und ist ein Angriff auf Teile der Kulturpolitik. Aber er ist mehr. Er will einfach Gesellschaft spalten. Diesen Wunsch, Kultur in „erwünscht“ und „nicht erwünscht“ zu sortieren, haben wir vor vielen Jahren in diesem Land erlebt. Das ist der Anfang. Wenn man Kultur angreift, wenn man die Kulturfreiheit, die auch im Grundgesetz und in unserer Landesverfassung abgesichert ist, infrage stellt, dann wird man irgendwann die Pressefreiheit einschränken und, und, und. Wehret den Anfängen, muss man da ganz deutlich sagen. Dieser Antrag entlarvt Ihr Demokratieverständnis, er entlarvt Ihr Kulturverständnis und ist brandgefährlich.

Aber da kann ich Ihnen noch einmal Heinrich Böll entgegenhalten, der gesagt hat: Kunst muss nicht gefallen, sie muss etwas zu sagen haben. Das haben - das nehme ich zumindest als jemand wahr, der an vielen Kulturveranstaltungen in diesem Land teilnimmt - unsere Kulturschaffenden, und das ist gut so.

Deshalb sind die Kultur und die Freiheit der Kunst in diesem Land geschützt. Demokratie braucht Räume, in denen Menschen frei denken, frei diskutieren und frei gestalten können. Das werden wir mit aller Kraft verteidigen. Wir verteidigen eine Kulturpolitik, die Menschen zusammenbringt, statt zu spalten. Wer Kultur spalten will wie Sie, hat nicht verstanden, was Kultur ist. Ihren Antrag werden wir deswegen ablehnen.

Vielen Dank.